

## **WOMEN@CDU # KOMMUNALES # SOZIALES**

Veranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus

10. bis 11. Oktober 2024

### **Rede des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz**

Liebe Christina Stump, lieber Carsten Linnemann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kommunalpolitikerinnen!

Herzlich willkommen auch von meiner Seite zu Ihrer zweitägigen Konferenz hier im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Es macht einfach große Freude, in diesen Raum zu schauen und zu sehen, in welcher großen Zahl Sie unserer Einladung hier nach Berlin gefolgt sind.

Und ich möchte die Gelegenheit nutzen, liebe Frau Pütter, Ihnen ganz herzlich zu danken für den Vortrag, den Sie hier gehalten haben, und von dem ich noch einen kleinen Teil mitbekommen durfte. Vielleicht geht es Ihnen genauso wie mir: Man spürt einfach dieses persönliche Engagement und die große Freude auch an der eigenen Stadt. Und auch diese volle Überzeugung, einzutreten für die Arbeit in einem wichtigen politischen Amt.

Wir haben uns ja schon bei anderer Gelegenheit kennengelernt. Ich war an dem Abend dabei, an dem Matthias Middelberg in Osnabrück wieder für den Deutschen Bundestag aufgestellt worden ist. Sie waren dabei. Und ich will es einfach mal so sagen: Es macht etwas aus, wenn man jemanden dabei hat, wie eine Oberbürgermeisterin aus einer großen deutschen Stadt, die mit so großem Erfolg diese Stadt führt – und diesen Geist auch weitergibt. Nicht nur heute Abend, hier in diesem Netzwerk, sondern auch bei einer solchen Gelegenheit, wie die Aufstellung eines Bundestagsabgeordneten in der eigenen Stadt.

Von diesem Geist, meine Damen und Herren – vor allen Dingen: meine Damen – brauchen wir mehr in ganz Deutschland. Deshalb mein Dank an Christina Stumpp für die Organisation dieser Veranstaltung, dieses Netzwerks. Und danke auch an Carsten Linnemann. Ich will es einfach mal

so sagen: Wir meinen das ernst, was wir auf den beiden letzten Parteitag besprochen und beschlossen haben, insbesondere auf dem Bundesparteitag in Hannover.

Wir haben ein Jahr, das für Deutschland auch ein großes Jubiläumsjahr ist. Wir haben in diesem Jahr 75 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Wir haben am 23. Mai 75 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gefeiert. Wir haben am 1. September in Bonn 75 Jahre CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefeiert.

Der Deutsche Bundestag hatte in seiner ersten konstituierenden Sitzung 410 Mitglieder, und davon waren gerade mal 28 Frauen. Unter diesen Frauen war Dr. Maria Probst für die CSU. Sie war promoviert in Geschichte, also promovierte Historikerin. Sie war Kriegswitwe und damit alleinerziehende Mutter von zwei Kindern und gleichzeitig Alleinverdiener in der Familie.

Sie war schon 1946 in den Bayerischen Landtag gewählt worden und dann 1949 in den Deutschen Bundestag. Ein Jahr vorher hatte sie den Frauenausschuss der CSU gegründet. Und von dieser Gründungsveranstaltung gibt es ein überliefertes Manuskript ihrer Rede. Sie hatte im Manuskript folgenden Satz aufgeschrieben: „Wir Frauen sind alle Neulinge in der Politik. Die Gefahr aber, die in der politischen Gleichgültigkeit und in dem mangelnden politischen Selbstvertrauen der Frauen liegt, ist mindestens ebenso groß wie die, die durch unerschütterliche Selbstzufriedenheit der Männer in der Politik erneut heraufbeschworen wird.“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren,

den letzten Satz, den mit der unerschütterlichen Selbstzufriedenheit der Männer, hat sie im Original der erhaltenen Rede nicht gesagt. Sie hatte ihn aufgeschrieben, aber offensichtlich nicht gewagt auszusprechen. Damals war Maria Probst eine von wenigen. In den letzten 75 Jahren sind viele dazugekommen: Abgeordnete, Bundesministerinnen, Bundestagspräsidentinnen und sogar aus unseren Reihen eine Bundeskanzlerin.

Und trotzdem: Immer noch erzählen Frauen, dass sich die Strukturen, in denen Politik gemacht wird, nicht geändert haben. Und zwar auf der kommunalen Ebene, auf der Landesebene, auf der

bundespolitische Ebene, sogar auf der europäischen Ebene. Dass sich diese Strukturen gleichermaßen nicht geändert haben für sie manchmal immer noch so anfühlen, als wäre das Normale hier eben doch weiterhin der Mann in der Politik – heute genauso wie in den 90 er Jahren, als ich mit meiner politischen Arbeit begonnen habe.

Als Maria Probst 1965, also fast 20 Jahre später, als erste Frau zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt wurde, eben hochqualifiziert und mittlerweile mit vielen Jahrzehnten politischer Erfahrung, da sagte sie: „Ich habe nie ein Amt angestrebt.“ Und diesen Satz, den hört man so oder ähnlich von Frauen viel späterer Geburtsjahrgänge immer noch, leider eben auch heute immer noch.

Und, meine Damen und Herren, vor allen Dingen, meine Damen, das allein ist Grund genug für dieses Frauen Netzwerk, das wir in der CDU gegründet haben, das Freude an der politischen Arbeit machen soll, ermutigen soll und auch mit hilfreichen Tipps und Erfahrungen und Hinweisen helfen und unterstützen soll.

Ich sage Ihnen auch ganz einfach warum: In unserem Land sind über die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Bürgerrinnen, die Mehrzahl also. Und wenn in dieser Mehrzahl das politische Selbstvertrauen noch immer geringer ist als bei den Männern, dann ist es die Verantwortung gerade von Parteien insgesamt -und ganz besonders von unserer – die sozusagen von Verfassungswegen den Auftrag haben, Mann und Frau gleichberechtigt sein zu lassen, unsere Demokratie zu stärken und zu fördern und genau hier an dieser Stelle tätig zu werden. Auch, weil noch immer die Erfahrung gemacht wird, das Frausein und Führung oder Frausein und Politik eben doch insgeheim als ein kleiner Widerspruch gesehen wird

Aus der rechtlichen Gleichberechtigung eine gelebte Gleichberechtigung zu machen, ist dabei keine Frage von links oder rechts. Und sie sollte auch keine Frage sein von parteipolitischer Profilierung. Es ist eine Kernaufgabe bürgerlicher Politik, im besten Sinne des Wortes, das zu schaffen. Und wir haben uns in der CDU, Sie alle wissen das, diese Aufgabe gestellt über Jahre, zum Teil über Jahrzehnte, und sie immer wieder beschrieben.

Und wir haben Stellschrauben verändert. Zuletzt auf dem schon genannten Bundesparteitag der CDU in Hannover. Und ich will es hier noch einmal sehr deutlich sagen, so wie ich es auch in Hannover gesagt habe: Ich habe mich für die Quote ausgesprochen. Wir haben sie beschlossen. Aber das ist beileibe nicht das Ende der Geschichte. Es ist allenfalls der Anfang einer Bemühung, es in Zukunft besser zu machen, als wir es in der Vergangenheit gemacht haben.

Und deswegen haben wir dieses Netzwerk. Deswegen hat Christina Stump die Initiative zu diesem Netzwerk ergriffen und wir haben es gemeinsam gegründet: WOMEN@CDU, das jetzt genau auf ein Jahr Bestehen zurückblicken kann. Wir haben also schon den einen oder anderen Erfolg miteinander gehabt.

Aber wir sind noch lange nicht am Ende des Weges. Heute hat die Bundestagsfraktion von uns 196 Mitglieder, davon sind 47 Frauen, also gerade mal ein knappes Viertel. Und damit sind wir nicht zufrieden. Und damit bin auch ich als der Vorsitzende dieser Bundestagsfraktion und als der Vorsitzende dieser Partei nicht zufrieden. Das muss besser werden. Im Bundestag, in den Landtagen, in der kommunalen Ebene, in den Rathäusern.

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch dies hier sagen: Darauf haben vor allen Dingen die Kreisparteien und die Wahlkreise einen Einfluss. Denn wir haben sozusagen ein kleines Luxusproblem: Wir gewinnen die Mehrzahl der Wahlkreise in Deutschland. Und damit einher geht, dass der größere Teil der Abgeordneten unserer Fraktion eben nicht über die Landeslisten in den Deutschen Bundestag kommt, sondern über die Wahlkreise. Wenn wir also auf den Landeslisten schön fein säuberlich 1:2:1:2:1:2 so sortieren, dass von der Optik her jeder zweite Kandidat eine Frau ist, besser jeder erste, und dann der Mann und dann wieder eine Frau, dann nützt uns das herzlich wenig, wenn zwei Drittel der Abgeordneten im Deutschen Bundestag aus den Wahlkreisen kommen und davon drei Viertel Männer sind.

Also bitte auch an Ihre Adresse der Wunsch und die herzliche Bitte: Setzen Sie sich in den Wahlkreisen dafür ein, dass dort Frauen aufgestellt werden. Und ich sage das zu einem Zeitpunkt, wo

die Aufstellungsveranstaltungen jetzt gerade laufen: Es verzichten leider auch einige Frauen auf ihre Wiederwahl.

Das ist auch einigermaßen normal. Wir haben einen Wechsel von rund einem Drittel der Abgeordneten in jeder Wahlperiode. Also ein Drittel scheidet im normalen Turnus aus und ein Drittel kommt neu. Wir müssen unter den neuen Abgeordneten, die in den Deutschen Bundestag kommen, einen überproportional hohen Anteil von Frauen haben, damit wir den Anteil, den wir heute mit einem knappen Viertel haben, noch einmal steigern können, deutlich steigern können. Dass dies besser wird in der nächsten Bundestagswahl.

Und damit haben wir sozusagen zwei Stellschrauben beschrieben.

Die Strukturen: Wie bekommen wir mehr Frauen in politische Ämter und Führungspositionen? Und dann den politischen Output. Also das, was wir dann politisch gemeinsam miteinander machen.

Wenn ich dieses Wort nenne, politischer Output, dann meine ich damit, dass in allen Politikfeldern von der Wirtschaftspolitik über die Bildung bis zur Sozialpolitik keine Politik gemacht werden darf, ohne ein Auge für die besonderen Herausforderung zu verschließen, vor denen die Frauen in diesem Land in allen Politikfeldern noch stehen.

Ich nenne ein Beispiel: Den übergroßen Teil der sogenannten Sorgearbeit schultern in unserer Gesellschaft immer noch die Frauen. Sorgearbeit ist das Rückgrat jeder Gesellschaft und unserer auch alternden Gesellschaft ohnehin. Frauen leisten in diesem Land nach einer Prognos-Studie geschätzt etwa 72 Milliarden Stunden unbezahlte Sorgearbeit, vor allem in der Kinderbetreuung und in der Pflege. Bei Männern sind es 45 Milliarden Stunden. Also das Verhältnis 72 zu 45 zeigt: Der größere Teil liegt auf den Schultern der Frauen. Und für viele Frauen sieht es praktisch dann so aus: Sie haben die Hauptverantwortung für die Erziehung und Betreuung der Kinder, bis sie aus dem Haus sind - und dann nicht selten nahtlos Hauptverantwortung für die Pflege der alternden Eltern beider Teile, vielleicht noch der Großeltern. Daneben die Arbeit nicht selten in Teilzeit.

Und weil anders diese Mehrfachbelastung gar nicht zu stemmen ist, eben diese hohe Teilzeitquote bei Frauen. Das wissen sie alle: Diese Teilzeitquote zementiert die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen und hat massive Auswirkungen auf die adäquate Altersversorgung der Frauen.

Meine Damen und Herren,

ich will es hier deutlich sagen Das ist kein zukunftsfähiges Modell für unsere Gesellschaft. Und zwar weder aus der Perspektive der gelebten Gleichberechtigung noch aus der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit noch aus der Perspektive unserer Wirtschaft. Wir können es uns als Land ganz einfach nicht leisten, auf viele der besten Köpfe und der fleißigsten Hände zu verzichten. Wir brauchen jede einzelne. Und wenn Frauen in diesem Land das Gefühl haben, sich buchstäblich zerreißen zu müssen zwischen beruflichen Ambitionen und der Sorgearbeit, dann müssen wir da politisch noch einmal tätig werden.

Deswegen haben wir als Union ganz oben auf unserer Prioritätenliste weiter den Weg zu gehen, den wir mit dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz und auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule eingeführt haben, nämlich Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung. Und erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Hinweis – und ich nehme das auf, was Frau Pötter hier gesagt hat: Wenn wir so etwas in der Bundespolitik beschließen, dann müssen wir dafür sorgen, dass diejenigen, die es ausführen müssen, auch die genügenden Ressourcen dafür haben, es zu machen. Und das sind dann die Städte und Gemeinden und die Kreise.

Ich will das hier ausdrücklich auch für die nächste Wahlperiode sagen und hoffentlich auch in der eigenen Regierungsverantwortung: Wir dürfen nicht weiter Versprechungen machen, die wir anschließend in der praktischen Durchführung entweder nicht einhalten wollen oder nicht einhalten können. Und selbst wenn wir sie einhalten wollen, die ausreichenden finanziellen Ressourcen dafür nicht bereitstellen können. Dies erst schafft den Frust. Dies erst schafft die Enttäuschung, die in der Bevölkerung dann die ganze Politik betrifft, unabhängig davon, wer es zu verantworten hat. Es heißt dann: die Politiker, die ihre Versprechungen nicht eingehalten haben.

Wir haben ein Positionspapier auch in der Bundestagsfraktion und hier in der Partei erarbeitet, das da lautet: Die Pflege zukunftsfest machen. Und zu den Maßnahmen gerade im Bereich der Pflege und zur Unterstützung pflegender Angehöriger gehört, dass wir die Weiterentwicklung von Tages- und Nachtpflegeangeboten auf die Tagesordnung setzen, sowie ambulante Pflegeversorgung. Dass wir verbesserte Renten, rechtliche Absicherung von pflegenden Angehörigen erreichen. Und dass wir die Anhebung des an den Pflegegrad gekoppelten Pflegebetrags nach dem Einkommensteuergesetz ermöglichen.

Schließlich und last but not least die Pflege: Beraterinnen und Berater in den Pflegestützpunkten vor Ort müssen gestärkt werden, damit auch klar wird, welche Angebote bestehen und wie sie wahrgenommen werden können. Also es geht um nicht mehr und um nicht weniger als um die Freiheit. Auch in der Auswahl der eigenen beruflichen Tätigkeit, so wie wir es in unserem Grundgesetzprogramm beschrieben haben, das ja bekanntlich den Titel trägt: „In Freiheit leben.“

Aber was heißt denn dann eigentlich „In Freiheit leben“? In dem Zusammenhang, den wir hier miteinander diskutieren. „In Freiheit leben“ heißt, ein Leben zu führen nach den ureigenen Vorstellungen davon, was ein gutes Leben ausmacht. Und dazu gehört bei den allermeisten Menschen – Männern und Frauen – eine erfüllende Arbeit, Leistung im Beruf, aber genauso Zeit für die Familie.

Meine Damen und Herren,

diese Freiheit war immer in gewisser Weise auch prekär und über lange Zeit ungleich verteilt zwischen Männern und Frauen. Aber wir hatten sie und wir haben sie in diesem Land zu einem sehr hohen Grad. Und gleichzeitig ist die Freiheit heute in besonderer Weise bedroht von mehreren Seiten zugleich – von außen und von innen und auch durch die wirtschaftliche Entwicklung.

Und deswegen lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas zu unserer Wirtschaftspolitik sagen: Die gesunde Wirtschaft, eine prosperierende Volkswirtschaft, große, mittlere und kleine Unternehmen, die erfolgreich arbeiten können, sind das Fundament auch für die soziale Absicherung in unserem Land.

Und darum müssen wir, über die Wirtschaftspolitik sprechen, über die deutsche Volkswirtschaft und über unsere Wettbewerbsfähigkeit als Industrieland. Und das werden wir im nächsten Jahr auch im Bundestagswahlkampf tun. Auch dieses will ich hier noch einmal unterstreichen. Deutschland muss ein Land der Industrie bleiben.

Wir werden weder über Sozialpolitik noch über Umweltpolitik noch über andere große Themen und gesellschaftliche Herausforderungen unseres Landes sprechen können, wenn wir nicht die volkswirtschaftliche Leistung eines Industrielandes weiter erbringen. Wir dürfen nicht weiter Wachstumsschlusslicht sein. Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass die Zahl der Unternehmen steigt, die in die Insolvenz gehen. Dass die Arbeitslosigkeit steigt und dass wir erste deutliche Anzeichen für eine De-Industrialisierung unseres Landes sehen.

Das alles hat strukturelle Ursachen. Bei weitem nicht nur konjunkturelle. Es hat Ursachen auch in den Weichenstellungen, die von der Bundesregierung vorgenommen worden sind. Und deswegen werden wir, wenn wir wieder in Regierungsverantwortung kommen, Prioritäten setzen in der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Um ihn zukunftsfähig zu machen und um auch genau die Aufgaben, die ich beschrieben habe – in der Familienpolitik, in der Sozialpolitik – so leisten zu können, dass wir nach dieser Wahlperiode gemeinsam sagen können: Wir haben uns auf diesen Weg gemacht und wir haben einen großen Erfolg miteinander erzielt.

Aber nach diesem kurzen Exkurs in die Wirtschaftspolitik noch einmal zurück zu Ihnen, meine Damen. Dieses ganze Maßnahmenpaket setzt voraus, dass wir die Frauen in Deutschland weiter und sehr viel besser in den Arbeitsmarkt einbinden, und zwar auf allen Ebenen und in allen Bereichen, vom Handwerk bis zur KI – bis zur künstlichen Intelligenz. Wir müssen dafür die Unternehmen bewegen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch besser zu realisieren, Anreize zu setzen, flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen, Führen in den Unternehmen auch in Teilzeit zu ermöglichen, Mutterschutz für Selbständige zu realisieren.

Wir haben deswegen in unserem Antrag Schwangerschaft und Mutterschaft für Gründerinnen und Selbstständige erleichtert. Genau dies haben wir auch im Deutschen Bundestag vorgetragen und



verlangt. Das Ganze geht einher mit unverändert notwendigen Förderprogrammen für Beratungsangebote und für Netzwerke, die wir ausbauen müssen, etwa für weibliche Gründerinnen. Genauso gezielte Finanzierungsprogramme für von Frauen geführte Startup-Unternehmen.

Und last but not least ein besonderes Anliegen von mir: Die Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme für Frauen in Handwerksberufen müssen noch besser werden.

Meine Damen,

die duale Ausbildung in Deutschland ist eine der größten Standortvorteile unseres Landes. Und ich werbe dafür, dass auch junge Frauen in Handwerksberufe gehen, in technische Berufe gehen und diese Handwerksberufe, und technischen Berufe nicht als Männerdomäne weiter bestehen lassen – auch bei mir zu Hause, in meinem Wahlkreis, einer ländlich geprägten Region mit einer großen Zahl von sehr erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen. Ich werbe dafür, dass sie reingehen in diese Berufe, Spaß haben an Technologie, an Handwerk, an solchen Berufen, die bisher vermeintlich den Männern vorbehalten sind. Dies ist auch eine interessante berufliche Perspektive, gerade für Frauen.

Und damit bin ich bei meiner Schlussbetrachtung. Ich bedanke mich sehr herzlich, dass diese Initiative von Christina Stump ausging, denn sie ist ja als stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschlands auch für die Kommunalpolitik verantwortlich. Vor allem für die Kommunalpolitik, die wir zwischen der Bundesebene und den Kommunen einfach besser koordinieren, besser miteinander abstimmen wollen.

Wir haben als CDU über Jahrzehnte in Deutschland gut und erfolgreich regiert. Aber warum haben wir gut und erfolgreich regiert? Weil wir immer eine in den Kommunen stark verwurzelte Partei gewesen sind. Die Partei, die CDU ist nie von oben nach unten allein geführt worden. Sie ist immer eine Partei gewesen, die vor allem in der Rekrutierung ihres Führungspersonals von der kommunalen Ebene ausging über die Landesparlamente in den Deutschen Bundestag, in das Europäische Parlament, in Regierungsverantwortung und in hohe Staats- und Regierungsämter.

Meine Damen und Herren,

diese Basis zu stärken, ist die zentrale Überlebensfrage der CDU als Volkspartei. Und ich sage das aus voller Überzeugung auch heute hier in diesem Auditorium. Ohne Sie, ohne ein stärkeres Engagement der Frauen, werden wir diese Aufgabe nicht ausreichend genug bewältigen.

Und ich weiß, dass Sie mittlerweile fast überall in Deutschland, auch mit den Populisten von links und noch mehr mit den Populisten von rechts konkurrieren. Und deswegen erlauben Sie mir, dass ich auch dazu ein Wort sage: Diese Partei, die sich Alternative für Deutschland nennt, ist keine wirkliche Alternative für Deutschland. Sie hat weder in der Wirtschaftspolitik den marktwirtschaftlichen Kompass, den wir haben. Sie hat auch nicht in den Fragen einer demokratischen Ordnung den Kompass, den wir haben. Und sie hat vor allem nicht den Kompass in der Frauenpolitik, in der Politik der Gleichstellung von Männern und Frauen, den Kompass, den Sie bei uns hier finden. Diese Partei will zurück in die alten Rollenbilder. Und es ist für die Frauen vor allem die alte Rolle als allein Hausfrau und Mutter. Kinderbetreuung soll, wenn es nach der AfD geht, wieder ganz Muttersache sein.

Ich sage, aus unserer Sicht und ich sage Ihnen das auch als Vater Familienvater: Diese Aufgabe ist eine gemeinsame Aufgabe, die wir haben, die Männer wie die Frauen. Und nur dann funktioniert Gleichberechtigung wirklich, wenn wir sie so annehmen, wie wir sie auch in unserer Partei verstehen.

Damit bin ich bei einer Schlussbetrachtung zur Bundestagswahl 2025.

Meine Damen und Herren, und wenn ich mir erlauben darf, das so zu sagen: Liebe Freundinnen. Wir haben als Partei einen sehr ernst gemeinten, wir haben einen brutal harten Bundestagswahlkampf vor uns. Es wird wahrscheinlich der härteste und der persönlichste Bundestagswahlkampf, den wir in der Geschichte unseres Landes erlebt haben. Es ist jetzt weniger als ein Jahr bis zu dieser Bundestagswahl am 28. September 2025. Die Regierung, die Ampel – Sozialdemokraten, Grüne und die FDP – haben gezeigt, dass sie nicht das Regierungsbündnis sind, das Deutschland wirklich in die Zukunft führt und Erneuerung in Deutschland ermöglicht.

Wir haben in unserer Partei und in der Bundestagsfraktion die Hausaufgaben gemacht. Ich habe den Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion genauso wie denen in der Führung der Partei immer gesagt: Für mich besteht diese Wahlperiode aus drei Abschnitten. Der erste Abschnitt war, die Oppositionsfähigkeit der Bundestagsfraktion wiederherzustellen. Vier Fünftel meiner Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag hatten keine Oppositionserfahrung. Auch Opposition muss man können und wollen. Wir haben das nach einem Jahr hinbekommen, im Tritt und oppositionsfähig.

Die zweite Phase war die Erneuerung der CDU. Wir haben das abgeschlossen mit, wie ich finde, einem der besten Parteitage, die die CDU Deutschlands jemals in ihrer Geschichte gehabt hat, nämlich auf dem Bundesparteitag hier in Berlin. Und ich kann schon relativ lang zurückblicken auf die Geschichte unserer Parteitage.

Und jetzt bereiten wir uns auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vor. In enger Abstimmung übrigens mit der CSU, so eng, wie sie in den letzten Jahrzehnten nicht war, so störungsfrei und auch persönlich im Umgang miteinander, so anständig und gut, wie sie in den letzten Jahrzehnten selten war. Wir bereiten uns vor, zusammen mit der CSU auf die Regierungsverantwortung und für ein Regierungsprogramm.

Dabei müssen Sie eine aktive und starke Rolle spielen. Ich wünsche mir das, dass Sie das tun, dass Sie uns Ideen mitgeben, dass Sie auch Anregungen geben, dass Sie auch einmal widersprechen, wenn Sie etwas sehen, was Ihnen aus Ihrer Perspektive heraus nicht gefällt. Aber dann gehen wir in diese Wahl. Und ich wünsche mir, dass wir dann in einem Jahr – spätestens um diese Zeit – sagen können: Die Arbeit hat sich gelohnt, die Anstrengung hat sich gelohnt.

Das neue Miteinander in der CDU hat sich gelohnt und war richtig. Und wir gehen dann wirklich auf den Weg einer Modernisierung unseres Landes zurück. Auch in der Europäischen Union. Als ein Land, das bereit ist, Führungsverantwortung zu übernehmen. Und wenn ich eben zu Beginn aufgezählt habe, wer alles schon erfolgreich Karriere gemacht hat als Frau in der CDU, dann habe ich

eine Person vergessen, und die möchte ich gerne abschließend noch einmal besonders erwähnen: nämlich die Kommissionspräsidentin, die Präsidentin der Europäischen Kommission in Brüssel.

Ich treffe Sie am kommenden Sonntag hier in Berlin erneut zum Abendessen, um in sehr enger Abstimmung mit ihr über die Zukunft Europas zu sprechen, über die notwendige Weichenstellungen, auch was die wirkliche Konzentration dieser Europäischen Union jetzt auf die wirklich großen, wichtigen Themen betrifft. Viel weniger zu tun im Kleinen und viel mehr zu schaffen und zu erreichen im Großen, aufzuhören mit der kleinteiligen Regulierung in dieser europäischen Union und wirklich tätig zu werden. Da, wo wir in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Handelspolitik, in der Wirtschaftspolitik nur zusammen, in der Europäischen Union Erfolg haben können.

Und vielleicht lassen Sie sich gerade von diesem Beispiel, nämlich Ursula von der Leyen, auch inspirieren, dass in unserer Partei, im Bundestag, in der Regierung und in der Europäischen Union Frauen die Chance haben, bis in oberste und höchste Führungspositionen in Deutschland und in Europa zu gelangen.

Nehmen Sie das bitte als Ermutigung. Sagen Sie aber bitte auch: "Ich will es und ich bin dazu bereit, es zu tun." Dann werden Sie eine aufnahmebereite Partei finden. Und wenn Sie irgendwo Störungen erleben, unfaire Behandlung erleben, dann melden Sie sich bei Ihrem Parteivorsitzenden. Ich bin bereit, Ihnen auch persönlich auf diesem Weg zu helfen. Herzlichen Dank.